D+ Kommentare

2/2021

- Wer hat das Sagen in der Kirche?
- Angstfrei miteinander reden
- Eine Ökonomie des Lebens
- Die Zachäus-Kampagne
- Enkeltaugliche Politik
- Theologen in der Politik
- Studientag am 25. September

Arbeitskreis Evangelische Erneuerung



3

Editorial

36 Das Letzte

4	Wer hat in unserer Kirche das Sagen? / Lutz Taubert		
7	Kirche in der Welt – Kirche für das Heil: Die Arbeitskreise in der Synode , Hans-Gerhard Koch		
10	Angstfrei mit	Angstfrei miteinander reden – Heinrich Bedford-Strohm	
12	Forderung nach einer Ökonomie des Lebens in einer Zeit der Pandemie eine Botschaft der Weltkirche		
14	Die Zachäus-	Die Zachäus-Kampagne / Hans-Gerhard Koch	
16	Die NATO geht raus aus Afghanistan / Lutz Taubert		
18	Nachhaltig? Nachhaltig! Wie halten es die Parteien mit einer enkel-		
	tauglichen Politik? / Gerhard Monninger		
23	Klimakiller Videokonferenz? / Gerhard Monninger		
25	Impfen für alle – oder nur für die Reichen? / Gisela Voltz		
27	Personalplanung wird schwieriger – Nicht den Mut verlieren! / Thomas Prieto Peral		
29	Wenn Theologen in die Politik gehen / Hans-Willi Büttner		
31	Schon mal was vom AEE gehört? Interview mit zwei Angehörigen der jüngeren Pfarrergeneration / Gerhard Monninger		
33	AEE intern:	Studientag: "Corona als Brennglas für Gesellschaft und Kirche"	
		Bericht aus dem Leitenden Team	
		Editorial	
		Aus den Regionalgruppen	
		Namen und Adressen	



Juli 2021

Ich schreibe dieses Editorial in Vertretung für Hans-Willi Büttner, der ernsthaft erkrankt ist und sich im Moment auf seine Gesundheit kon-

zentrieren muss. Er lässt alle herzlich grüßen, und wir alle sollten an ihn denken und für ihn beten.

"Wer hat in unserer Kirche das Sagen" – das ist ein erster Schwerpunkt unseres Heftes. Wenn es gut geht, kann unsere Landessynode im November wieder im Rasthof Strohhofer an der Autobahn A 3 coronakonform, aber leibhaftig tagen. Es zeigt sich schon, dass das Profil der Arbeitskreise und auch die kommenden Führungspersonen sich ändern. Was ist "konservativ", was ist "progressiv"? Lesen Sie die Selbstvorstellungen der drei Arbeitskreise und dazu einen Auszug aus dem Bericht des Landesbischofs!

Wie wird, wie muss die Welt nach der Pandemie aussehen? Ein bemerkenswertes Papier aus der Ökumene fordert auch uns heraus. Auf jeden Fall wird die Frage spannend, wer die Zeche bezahlt. Dazu hat die "Zachäus-Kampagne" der kirchlichen Weltbünde eine klare Meinung. Nur von unseren Landeskirchen hört man da nichts. Warum wohl?

Gisela Volz von MissionEineWelt fragt, ob nur die Reichen geimpft werden sollen, oder ob die Bewältigung der Pandemie nur gelingen kann, wenn sie weltweit gelingt.

Bald ist Bundestagswahl. Gibt es eine "enkeltaugliche" Politik? Gerhard Monninger stellt dazu einige Fakten dar, die auch als Prüfsteine für die jeweiligen Wahlprogramme taugen.

Unsere Kirche hat einen aufwändigen Personalplan beschlossen, der Stellenkürzungen im Umfang des Mitgliederrückgangs vorsieht. Was aber, wenn wir auch die reduzierten Stellen mangels Nachwuchs nicht besetzen können? Das haben wir Kirchenrat Prieto Peral, den Planungsreferenten unserer Kirche gefragt.

Am 25.September, am Tag vor der Bundestagswahl, wollen wir unseren Studientag (früher Jahrestagung genannt) im eckstein in Nürnberg halten. Wir meinen, dass die Covid-19-Pandemie wie ein Brennglas zeigt, was in Gesellschaft und Kirche nicht gut läuft und diskutieren das mit Alexander Jungkunz von den Nürnberger Nachrichten und Professor Ark Nitsche, Regionalbischof i.R..

Die Mitgliederversammlung wird möglicherweise spannend, wenn Hans-Willi Büttner eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger braucht. Auf jeden Fall braucht's den AEE, gerade weil in mancher Hinsicht die Karten in Kirche und Gesellschaft neu gemischt werden,

meint Ihr

Dr. Hans-Gerhard Koch

HOR

Arbeitskreise in der Synode: Unbekannt, wichtig

Wer hat in unserer Kirche das Sagen?

Wer hat die Lufthoheit in unserer Kirche? In diesen Worten formuliert klingt unser Thema militaristisch und nach Stammtisch und ziemlich kämpferisch. Und passt so gar nicht zur Idee eines "magnus consensus" (große Übereinstimmung), die gerade auch im bayerischen Protestantismus gepflegt wird. Und doch wollen wir es wissen: Wer bestimmt die Diskurse in unserer Kirche? Welche Kräfte sind da überhaupt— kirchenpolitisch, theologisch— zu benennen?

In unserer säkularen, politischen Republik ist ziemlich klar – formalrechtlich – wer das Sagen hat. Letztlich, oder richtiger gesagt, ursächlich unser vom Volk gewähltes Parlament. Das ist das Prinzip der repräsentativen Demokratie.

Und wer hat in unserer bayerischen Landeskirche das Sagen? Nach unserem "presbyterial-synodalen" Selbstverständnis (dem Pendant zu unserem säkularen Demokratie-Prinzip) ist das die (allerdings nur mittelbar vom Kirchenvolk gewählte) Landessynode, die alle wichtigen Entscheidungen in kirchlichen Angelegenheiten trifft – von der Gesetzgebung über die Finanz- und Stellenplanung bis hin zur Ordnung des kirchlichen Lebens. Sie wählt den Bischof, sie ist sogenanntes kirchenleitendes Organ.

Und wie nun funktioniert dieses Kirchenparlament (wie es in der säkularen Öffentlichkeit gerne bezeichnet wird) im Inneren? Wenn wir diese Analogie ziehen, hätten wir in der Synode, wie im politischen Parlament, Fraktionen, die von (Kirchen-)Parteien gespeist werden und verschiedene (kirchen-)politische Richtungen widerspiegeln. Tatsächlich haben wir im bayerischen Kirchenparla-

ment drei Arbeitskreise, die drei durchaus unterschiedliche kirchenpolitische oder auch theologische "Lager" repräsentieren. Das sind: der eher konservative Arbeitskreis Gemeinde unterwegs, die mehr progressive Offene Kirche, und seit einigen Wahlperioden gibt es einen Dritten Arbeitskreis, der sich ausdrücklich so nennt, um nicht leichthin als die Mitte zwischen links und rechts abgetan zu werden.

Überhaupt wehren sich die Arbeitskreise, die der Idee einer Parlamentsfraktion doch durchaus entsprechen, mit spitzen Fingern dagegen, als eben solche Fraktionen bezeichnet zu werden. Die Offene Kirche schreibt ganz bewusst in ihrer Selbstdarstellung: Wir sind keine Fraktion, uns eint eine offene, gesellschaftsbezogene Grundorientierung.

Desgleichen Gemeinde unterwegs: "Bei uns gibt es keinen Fraktionszwang und keine festgelegten Diskussionsergebnisse." Und der Dritte Arbeitskreis sagt, man habe das "Lagerdenken" überwunden und betreibe gerade nicht die Polarisierung zwischen "fortschrittlich" und "beharrlich". Ist das nicht der indirekte Hinweis, dass es also doch ein Lagerdenken gibt?



Hat sie das Sagen? Synodalpräsidentin Annekathrin Preidel bei der digitalen Tagung der Landessynode © epd-Bild/ McKee/ ELKB

Für den Kirchenjournalisten Achim Schmidt, Chefredakteur des "Evangelischen Pressediensts", der seit über 30 Jahren die Synode beobachtet, über sie berichtet und ihre Wirkung kommentiert, steckt in dieser Wortklauberei um Kirchenparlament und Fraktionen vor allem dieses:

Unsere Kirche, und damit eben auch unsere Synode, war einst, von ihrem Selbstverständnis her und auch in ihrer Wirkung und Reichweite in die "Welt" hinein, politischer, heute ist sie das immer weniger. Es ist, als ob man sich mehr als früher als Kirche mit sich selbst beschäftigt.

Gerade um die Wendezeit (um 1990) war unsere Kirche, und damit vor allem unsere Synode und deren Arbeitskreise, ein politischer Akteur, der zur Beendigung des Ost-West-Konflikts eine Menge zu sagen und beizutragen hatte, die Themen Gerechtigkeit (bei uns zu Hause wie auch weltweit), Frieden, immer stärker dann auch "Bewahrung der Schöpfung" anging.

Ein Beispiel für den seither allmählich sich vollziehenden Rückzug der Kirche aus der Politik war die sogenannte "Friedenssynode" 2019 in Lindau. Das selbst gesetzte Schwerpunktthema Frieden wurde überlagert von anderen Themen wie etwa derinnerkirchlich wichtige, außerhalb der Kirche indes kaum bekannte "PuK"-Prozess. PuK steht für "Profil und Konzentration" und handelt vor allem von der innerkirchlichen Verteilung be-

grenzter Ressourcen (sprich Mitarbeiter und finanzielle Mittel) einer Kirche, die immer weniger Mitglieder hat, der – zumindest in mittlerer Zukunft - immer weniger Geld zur Verfügung steht, die schließlich ihrer politisch-gesellschaftlichen Bedeutung verlustig geht. Was braucht man da noch politische Fraktionen?

Gleichwohl haben die Arbeitskreise wichtige Funktionen in der Synode: Sie "ziehen die Linien", so drückt es Schmidt aus, das heißt: In den Arbeitskreistreffen (und eben nicht im Plenum) wird informiert, diskutiert, Meinung gebildet, hier werden Personalentscheidungen und auch andere synodale Entscheidungen vorbereitet, man hält Probeabstimmungen ab, die Arbeitskreise achten auch darauf, dass sie sowohl im Präsidium der Synode als auch im Landessynodalausschuss Mitgliederstärke entsprechend vertreten sind. Und haben den Blick auf die Arbeit der synodalen Ausschüsse. So halten sie, wieder Zitat Schmidt, das Synodengeschehen "in Balance".

Freilich: Arbeitskreise sind, im Gegensatz zur öffentlich tagenden Synode, "geschützte Orte". Das ist, so Schmidt, "eine Welt hinter verschlossenen Türen", in die selbst Kirchenjournalisten (es sei denn, sie sind gewählte Synodale) keinen direkten Einblick haben. Alles in allem sind sie damit, was für ein Paradoxon, "unbekannt, aber wichtig". Hinter verschlossenen Türen wird vorentschieden! Die Synode selbst ist nur noch der Vollzug.

Und so geben wir auf die Frage: "Wer hat eigentlich das Sagen in unserer Kirche?" die Antwort: Erst einmal findet das wichtige Ansagen und Vorhersagen in unserer und für unsere Kirche in den synodalen Arbeitskreisen statt. Und auch wenn die einst deutliche Zuordnung in kirchenpolitische Lager verblasst, so gibt's halt immer noch die grundsätzliche Einteilung: die Progressiven, die Konservativen (die beide, geschätzt, sich in etwa die Waage halten), und dann noch eine dritte Kraft.

Lutz Taubert

"Offene Kirche" – "Gemeinde unterwegs" – "Dritter Arbeitskreis": Die Arbeitskreise der bayerischen Landessynode im Interview

Kirche in der Welt – Kirche für das Heil

Welche Haltung haben die Arbeitskreise in unserer Landessynode zu wichtigen innerkirchlichen und kirchenpolitischen Fragen? Im Interview fühlten wir den Sprecherinnen und Sprecher auf den Zahn. Für die Offene Kirche antwortete Bernhard Offenberger, für Gemeinde unterwegs Beate Schabert-Zeidler, und für den Dritten Arbeitskreis Christina Flauder und Michael Renner. Die Fragen stellte Hans-Gerhard Koch.

Die Synode tagt schon seit Langem digital. Wo sehen Sie Vorteile, wo Nachteile?

Arbeitskreis "Gemeinde unterwegs" (GU): Es ist gut, dass wir trotz der Pandemie zweimal digital tagen und wichtige Entscheidungen treffen konnten. Die Landessynode ist dadurch arbeitsfähig. Natürlich haben persönliche Begegnungen gefehlt, die ein noch besseres Zusammenwachsen der Synodalen ermöglichen.

"Dritter Arbeitskreis" (DA): Vorteil der virtuellen Arbeitsweise von zu Hause aus sind Kostenersparnis, Schonung der Umwelt, unkomplizierte Handhabung und eine große Stringenz und Effizienz der Treffen. Nachteile sind die fehlende direkte soziale Interaktion und Kommunikation, die eine Präsenzsynode wesentlich prägen, denn Synode und Kirche leben von der Begegnung. Eine Mischung aus beidem wäre nicht schlecht.

Arbeitskreis "Offene Kirche" (OK): Durch die nun eingeübten digitalen Formate können wir als Synodale Treffen in Arbeitskreisen oder Ausschüssen auch ohne großen Aufwand zwischen den Tagungen abhalten. Außerdem sind neue Beteiligungsformen möglich, wenn sich Menschen an unterschiedlichen Orten einbringen können. Besonders schön ist, dass z. B. Grußworte oder Andachten mit Beteiligten der Partnerkirchen aus Brasilien oder Papua-Neuguinea eingebunden werden können. Selbstverständlich kann eine digitale Sitzung aber nicht alles ersetzen, was in Präsenz passiert: Die Gespräche in Pausen oder beim Essen, die für die Meinungsbildung wichtig sind, fehlen. Manche Prozesse werden durch die Video-Konferenz beschleunigt, was teils angenehm, teils aber auch herausfordernd sein kann.

Einige meinen, wir hätten zu viele Gremien und rufen nach "Richtlinienkompetenz". Andere sehen noch Demokratiedefizite in der ELKB. Wie sehen Sie das?

OK: Gerade bei den großen Prozessen in der ELKB ist es wichtig, dass die Synode ihre Gestaltungskompetenz nutzt, ohne dass dadurch die Handlungsfähigkeit blockiert wird. Dabei werden bestimmt auch neue Formate der synodalen Begleitung erprobt werden müssen.

GU: Die Richtlinien sind in unserer Kirche aus unserer Sicht klar geregelt. Nach dem Grundartikel unserer Kirchenverfassung halten wir uns "in Lehre und Leben an das evangelisch-lutherische Bekenntnis" und stehen "unter dem Auftrag, Gottes Heil in Jesus Christus in der Welt zu bezeugen". Dem haben unsere Gremien zu dienen. Dort wird Demokratie streitbar und geschwisterlich gelebt.

DA: Die Entscheidungsfindung wird durch den Einbezug vieler Gremien sicher aufwändiger an Zeit und Ressourcen. Aber es fließen in Entscheidungen viel mehr Anregungen, Impulse, Bedenken, Erfahrungen u.a. ein, die das Ergebnis dann tragfähiger, transparenter und leichter annehmbar für alle machen. Große Demokratiedefizite sehen wir nicht.

Manche in unserer Kirche sagen, sie sei zu politisch, andere meinen, sie müsste deutlicher Flagge zeigen. Wie sieht Ihr Arbeitskreis das?

DA: Das ist ein Problem, seit es Kirche gibt. Kümmert sie sich nur um das ewige Heil oder auch um eine "heile" Gesellschaft?! Wir glauben, dass beides zusammengehört! Als Christ habe ich eine biblische Verantwortung für eine lebenswerte Welt (Frieden, Gesundheit, soziale Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung …), übernehme so auch politische Verantwortung und zeige hier Flagge, kümmere mich aber genauso auch um die Weitergabe des Heilsangebots Gottes an die Mitmenschen. Hier

vereinen sich die missionarische und die politische Komponente des christlichen Glaubens zu einem einheitlichen Auftrag.

OK: Der AK Offene Kirche setzt sich dafür ein, dass wir auch bei den Konzentrationsprozessen nicht nur auf uns selbst fixiert bleiben, sondern als Kirche weiterhin eine klare Stimme in die Gesellschaft hinein erheben.

GU: Die ELKB muss deutlich Flagge zeigen für das Evangelium von Jesus Christus. Mit Verkündigung und Seelsorge soll sie - gerade auch während der Pandemie - bei den Menschen sein. Die kirchliche Arbeit, die die Menschen in den Kirchengemeinden und über die landesweiten Dienste persönlich erreicht, muss gestärkt werden. Die Kirche hat eine zentrale geistliche Botschaft für alle Menschen. Diese ist zu betonen. Dass der gelebte Glaube in der Nachfolge Jesu auch Folgen für das politische Handeln hat, steht außer Frage. Hier respektieren wir eine große Vielfalt von persönlichen Ansichten und Entscheidungen innerhalb des demokratischen Spektrums.

Wenn Sie an 2030 denken: Was macht Ihnen Sorgen?

GU: Neben den globalen Krisenthemen, die alle beschäftigen: dass theologische Orientierungsdefizite die Selbstsäkularisierung und Banalisierung der Kirchen weiter fördern könnten. Wir können den Menschen nicht mehr deutlich machen, wozu es Kirche eigentlich "braucht". Man lebt auch wunderbar ohne Kirche, selbst in einer Corona-Krise. Diese "in-

nere Erosion" ist folgenreicher als jedes Haushaltsdefizit und jeder Stellenabbau. Bisher ist für uns noch zu wenig Bereitschaft zu erkennen, sich diesen Fragen radikal zu stellen.

OK: Kirchlich: der Rückgang an Mitgliedern und Mitarbeitenden und die Frage, wie wir die Veränderungsprozesse gut gestalten. Darüber hinaus: unter anderem die sozialen und politischen Verwerfungen bei uns und weltweit, die durch Corona verstärkt werden.

DA: In den nächsten zehn Jahren, bis 2030, treffen zwei Entwicklungen aufeinander: Zum einen wird sich die Mitgliederzahl der Kirche aufgrund des demografischen Wandels, der hohen Zahl der Austritte und einer gewissen "Taufmüdigkeit" weiter nach unten entwickeln, zum anderen gibt es immer weniger "kirchliches Personal". Da könnte man jetzt jammern oder aber diese Entwicklung als Chance sehen, "sich neu aufzustellen". Die Prozesse "Profil und Konzentration" und "Miteinander der Berufsgruppen" gehen genau in diese Richtung.

Was macht Ihnen Hoffnung?

DA: Dass sich trotz allen menschlichen Planens letztlich immer auch der Geist Gottes in der Entwicklung seiner Kirche zeigt, trotz aller Irrungen und Wirrungen. Bei aller Sorge darf man das Beten und Vertrauen auf Gott nicht vergessen!

OK: In der Synode: dass viele engagierte und kreative Menschen dort zusammen-

kommen und eine hohe Bereitschaft besteht, um Lösungen und neue Wege zu ringen. Dass wir uns gemeinsam von unserem Gott getragen wissen und im Glauben viele Ressourcen haben, auch durch schwierige Zeiten, Krisen und Konflikte hindurchzukommen.

GU: Im Blick auf die Kirche: dass sie nicht unsere Kirche, sondern Gottes Kirche ist! Er lässt seine Kirche nicht im Stich. Die frohe Botschaft wirkt weiter: für uns, manchmal mit uns, oft wohl auch trotz uns. Jesus Christus ist und bleibt der Herr der Kirche – in welcher äußeren Form auch immer sie bestehen wird.

Evangelische Erneuerung – was sagt Ihnen das?

OK: Neben dem Arbeitskreis denke ich an die Erneuerung durch das Evangelium, zum Beispiel an das Bild vom Sauerteig. Dass wir uns selbst immer wieder von der radikalen Botschaft Jesu erneuern lassen und in Jesu Geist auch die Gesellschaft "durchsäuern", darauf hoffe und darum bitte ich.

DA: Seit Luther hat sich die evangelische Kirche immer wieder erneuert – positiv wie negativ. "Erneuerung" ist ja zunächst ein wertneutraler Begriff! Für uns hat Luther das in seinem "ecclesia semper reformanda" schon früh erkannt. Wenn wir als Christen, als Kirche uns in der Verantwortung vor der Welt sehen, können wir nicht außerhalb der Welt agieren. Wir müssen uns den Fragen der Zeit stellen und aus unserem Glauben heraus dafür Antworten finden. Hierfür

bieten wir im Dritten Arbeitskreis eine Plattform des konstruktiven Austausches und einer verantworteten Meinungsfindung an.

GU: Unsere evangelische Kirche wird sich immer wieder erneuern – "ecclesia

semper reformanda!". Denn die Kraft des Wortes Gottes wird nicht aufhören, sie zurückzurufen zu Gott, der von sich sagt: "Siehe, ich mache alles neu!" Von daher: "Evangelische Erneuerung" — in diesem Sinne: gerne mehr davon!

Landesbischof Bedford-Strohm zur Diskurskultur in Kirche und Gesellschaft

Angstfrei miteinander reden

Eine kontroverse Debatte unter Pfarrern dazu, dass die EKD sich an der Seenotrettung beteiligt, war in unserer letzten B+K-Ausgabe Thema mehrerer Beiträge. Auch unser Landesbischof Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm hatte diesen Streit zum Anlass genommen, um in seinem Bischofsbericht auf der Frühjahrssynode 2021 "ein grundsätzliches Wort zur Diskurskultur in unserer Kirche zu sagen". Wir dokumentieren in Auszügen:

"Wir können dankbar dafür sein, dass sich ganz unterschiedliche Menschen in unserer Kirche zu Hause fühlen. Attribute wie konservativ oder progressiv werden viel zu oft als Etiketten verwendet. Aber dahinter stehen Überzeugungen, die wir für lebendige Diskussionen in der

Kirche wie in der Gesellschaft brauchen. Für mich sind oft genau die Menschen in unseren öffentlichen Diskursen die eindrucksvollsten Persönlichkeiten, die die Leidenschaft ihrer Überzeugungen mit einer großen Offenheit gegenüber dem Denken der anderen verbinden.

Das gilt auch für ein so umstrittenes Thema wie die Rolle der Kirche bei der



Seenotrettung. Selbstverständlich kann man auch in der Kirche unterschiedlicher Meinung darüber sein, ob es zu den diakonischen Aufgaben der Kirche gehört, sich selbst in der Seenotrettung zu engagieren.

Dass sich dem von der EKD initiierten Bündnis *United 4Rescue* inzwischen die

von mir jedenfalls nie erwartete Zahl von fast 660 Institutionen und Organisationen aus dem In- und Ausland angeschlossen hat, zeigt, dass viele diese Frage mit einem klaren Ja beantworten. Aber man kann und muss natürlich darüber diskutieren, ob es einen Pull-Effekt gibt, ob es bessere Wege gibt, Menschenleben zu retten und was man tun kann, um solche

lebensgefährlichen Situationen von vornherein zu verhindern. Über all das kann und muss man diskutieren. Es gehört allerdings auch dazu, dass Kritiker sich dem Austausch von Argumenten stellen und nicht diffuse Mythen verbreiten, nach denen solch offener Austausch nicht möglich sei.

Die Grundlage der Diskussionen, die wir führen, ist allerdings keine beliebige. Worüber Einigkeit unter Christen herrschen muss, ist, dass es zu den Aufgaben jedes Menschen, erst recht jedes Christen gehört, Menschen, deren Leben in Gefahr ist, zu retten. In den vielen Dialogen, die ich mit den Kritikern unseres Engagements in der Seenotrettung führe, ist das in der Regel auch Grundkonsens. Die gemeinsame Frage dabei ist: Wie können wir am besten dazu beitragen, dass das Leben von Menschen, die alle miteinander von Gott zu seinem Bilde geschaffen sind und deren Leben in iedem einzelnen Fall unendlich kostbar ist, gerettet werden kann? Und, grundsätzlicher gefasst: Wie können wir dazu beitragen, dass Menschen in Würde leben können? Das ist der Kernauftrag der Diakonie und es ist der Daseinszweck unserer Hilfsorganisationen wie Brot für die Welt.

Wir brauchen einen lebendigen Diskurs in unserer Kirche über die Frage, wie das christliche Gebot der Nächstenliebe und die damit eng verbundene im Grundgesetz ins Zentrum gestellte Orientierung an der Menschenwürde am besten gelebt werden kann. Dass das Gebot der Nächstenliebe untrennbar mit der Gottes-

liebe verbunden ist, muss allerdings klar bleiben. Die Untrennbarkeit von Gottesliebe und Nächstenliebe gehört zur absoluten DNA unseres christlichen Glaubens und der ganzen jüdisch-christlichen Tradition. Es ist kein Zufall, dass das Doppelgebot der Liebe der einzige andere Ort im Neuen Testament ist, an dem die Formel am Ende der Goldenen Regel noch vorkommt: Das ist ,das ganze Gesetz und die Propheten' (Mt 22,37-40). Deswegen stellen sich alle politischen Ideologien, die menschliche Kälte zum Programm machen, die bestimmte Menschengruppen pauschal abwerten, die Menschenfeindlichkeit propagieren. selbst außerhalb des christlichen Grundkonsenses. Für rechtsextremes Gedankengut ist kein Platz in der Kirche. Es widerspricht allem, wofür das Christentum steht. Genauso wie iede Utopie von links, die ihrerseits zu menschenfeindlichem Handeln pervertiert. Menschenwürde fragt nicht, ob sie von rechts oder links verletzt wird.

Ich wünsche mir, dass wir mehr Orte finden, an denen der Diskurs über unterschiedliche Meinungen gepflegt wird und an denen Menschen angstfrei ihre Meinung zum Ausdruck bringen können. Wo sonst sollte das angstfrei möglich sein, wenn nicht in unserer Kirche? Ich selbst bin immer dazu bereit, mich Diskussionen zu stellen, in denen mir vielleicht sogar der Wind ins Gesicht weht – da habe ich bisher immer gute Erfahrungen gemacht und selbst lernen können."

Welche Erkenntnis die Weltkirchen aus der globalen Pandemie ziehen:

Weltinnenpolitik für unser aller Heimat

Unter dem Titel "Forderung nach einer Ökonomie des Lebens in einer Zeit der Pandemie" haben mehrere Weltkirchenverbünde gemeinsam eine ökumenische Botschaft formuliert: der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK), die Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen (WGRK), der Lutherische Weltbund (LWB) und der Council for World Mission (CWM). Die Botschaft verknüpft die Pandemie mit der ökologischen und sozialen Krise. Wir geben daraus wichtige Passagen wieder (das vollständige Dokument unter https://www.oikoumene.org/de)

"Inmitten gefährlicher Ideologien, die die Wirklichkeit verzerren und die Schutzlosesten entmachten, sprechen wir wahrheitsgemäß aus einer theologischethischen Perspektive, die Folgendem verpflichtet ist:

Unsere Überheblichkeit erkennen

COVID-19 bietet der Menschheit eine neue Bescheidenheit, die eine neue Verpflichtung mit sich bringt, auf eine Weise zu leben, die nicht zulasten der Erde oder anderer Menschen geht, noch uns vom Leid gespeiste Systeme aufzwingt, die von schutzlosen Menschen und Gemeinschaften Opfer verlangt. Wir erkennen wieder aufs Neue die Sünde von Wirtschaftssystemen, die von einem auf Überlegenheit beruhenden Anthropozentrismus beherrscht werden.

Unsere Gemeinschaften fördern

Liebe, Fürsorglichkeit und Verbundenheit sind die Schlüsselemente der Resilienz gegenüber COVID-19. Familiäre und soziale Solidarität müssen ein Gegengewicht zum körperlichen Abstandhalten bilden. Indem wir die Gemeinschaft för-

dern, ist es möglich, dass neue Modelle und Wertefürunsere Wirtschaftssysteme gedeihen können, die nicht auf Wettbewerb beruhen, sondern auf der Fürsorge füreinander und für die Erde fußen...

Eigennützigem Interesse entgegenwirken

Selbst mitten in der von COVID-19 angefachten Krise gibt es starke eigennützige Interessen, die von ihr profitieren... Wir befinden uns alle im gleichen Sturm, aber wir sitzen nicht alle im selben Boot. Diesen Kräften muss in dieser Krise entgegengewirkt und die Schulden müssen offengelegt werden, deren Nutznießer sie sind. ... Wir müssen etwas Besseres wiederaufbauen, um eine Ökonomie des Lebens zu gewährleisten, die auf Gerechtigkeit und Würde für alle gegründet ist.

Das ist ein prophetischer Zeitpunkt

Als Kirchen können wir hier einen Weg hin zu einer neuen Schöpfung erkennen. Dieser Kampf könnte die Früchte zur Erlösung der Erde von schamloser Ausbeutung tragen. Es ist eine endzeitliche Hoffnung, die nicht auf dem Ende aller Tage beruht, sondern auf dem Nieder-

gang der sündigen Systeme. Alles soll verwandelt werden (1 Korinther 15,51), wenn die Wahrheit ausgesprochen und die alte Götzenverehrung von Imperium und Wirtschaft niedergeworfen wird und sich die Fürsorge des Schöpfers in einer Schöpfung widerspiegelt, die nicht endlos ausgebeutet wird, sondern zutiefst gesegnet ist.



Ein dringender Aufruf zum Handeln

Wir halten an dem Versprechen für eine neue Schöpfung fest und fordern:

Am dringlichsten in der unmittelbaren Zukunft: Wir rufen die internationalen Banken und Finanzinstitutionen erneut auf, Ländern mit niedrigen und mittleren Einkünften die Auslandsschulden zu erlassen...

Wir appellieren an die Regierungen, die notwendigen Mittel für das öffentliche Gesundheitswesen und den sozialen Schutz von mehreren Hundert Millionen Menschen bereitzustellen, deren Existenzgrundlagen sich wegen des Lockdowns drastisch verschlechtert haben. ...

Wir wiederholen unsere Forderung nach Umsetzung der Vorschläge der Zachäus-Steuer: die Einführung einer progressiven Vermögenssteuer, einer Finanztransaktionssteuer und einer CO₂-Steuer auf nationaler und globaler Ebene, die Wieder-

einführung von Kapitalertrags- und Erbschaftssteuern, Maßnahmen gegen Steuerflucht und Steuervermeidung sowie Reparationszahlungen für Sklaverei und andere soziale und ökologische Schulden, einschließlich Schuldenerlass.

Auf mittlere und längere Frist gesehen:

Wir appellieren an die Regierungen, öf-



Council for World Mission fentliche Güter und ökologische Gemeingüter den neoliberalen Prozessen der Privatisierung und Kommerzialisierung zu entziehen und zu schützen, ein Existenzmini-

mum für alle zu gewährleisten und so lebensbewahrende Bereiche wie Gesundheit, Bildung, Wasser und sanitäre Einrichtungen, Agrarökologie und erneuerbare Energien sowohl in den COVID-19-Wiederaufbauplänen als auch in der langfristigen Planung zu bevorrechten. Unsere Gesellschaften müssen das, was sich durch die Krise als unabkömmlich erwiesen hat, stärker fördern und verstärkt darin investieren: auf der Gemeinschaft basierende Gesundheits-, Pflege- und Resilienzsysteme sowie Schutz und Unterhalt von Ökosystemen, in die unsere Wirtschaft letztendlich eingebettet ist. ...

Zuletzt appellieren wir an unsere eigenen Gemeinschaften, sich auf die Weiterverfolgung einer Neuen Internationalen Finanz- und Wirtschaftsarchitektur (NIFEA) zu besinnen, in unserer Arbeit und in unserer Lebensführung eine Ökonomie des Lebens nachzubilden und sich im Glauben verankerten und sozialen Bewegungen anzuschließen, um die Fürsprache für die oben genannten Notfallmaßnahmen und Systemänderungen zu verstärken.

Gemeinsame Verpflichtung: Wir sorgen zusammen für unsere gemeinsame Heimat Die COVID-19-Pandemie hat uns vor Augen geführt, dass wir zusammen in einer gemeinsamen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Heimat leben. Unsere Erwiderung auf diese globale Gesundheitskrise und den gigantischen, längerfristigen wirtschaftlichen und ökologischen Notfall muss unsere darin begründete gegenseitige Abhängigkeit anerkennen

und die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Ziele zusammenführen. Das ruft nach einer in die Netzwerke der Glaubensgemeinschaften, der Zivilgesellschaft und der sozialen Bewegungen eingebundenen Zusammenarbeit und Solidarität innerhalb der Länder und über deren Grenzen hinaus sowie nach neuen Formen einer Weltinnenpolitik (global governance), die auf Gerechtigkeit, Fürsorge und Nachhaltigkeit beruhen.

Durch ein solches Handeln und in diesem Geiste können Wege gefunden werden, wenn wir so mutig sind, unsere Systeme, Mächte und Herzen nicht in der alten Ordnung, sondern in der neuen Schöpfung zu verankern."

Kennen Sie die "Zachäus-Kampagne"?

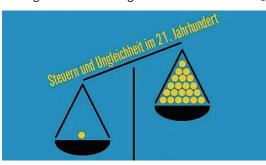
... machen Sie sich nichts draus: Unsere Kirchenleitungen kennen sie auch nicht /
Von Hans-Gerhard Koch

Was ist mit "Zachäus-Kampagne" gemeint? Sie ist Teil einer "Initiative für eine neue Finanz- und Wirtschaftsarchitektur" (NFEA), die die kirchlichen Weltbünde Ökumenischer Rat der Kirchen, Lutherischer Weltbund, Reformierter Weltbund und Weltmissionsrat 2019 angestoßen haben. Viele Organisationen, denen die Gerechtigkeit am Herzen liegt, haben sich angeschlossen.

Die Initiative will die Ungleichheit und den Klimawandel zugleich bekämpfen. Es geht um zwei Stoßrichtungen: innerhalb der Kirchen das Bewusstsein fördern und Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen.

Die Pandemie, von manchen als der "große Gleichmacher" bezeichnet, verstärkt in Wirklichkeit noch die obszöne Ungleichverteilung von Einkommen, Vermögen und Einfluss-Chancen weltweit, aber auch in Deutschland.

Schon 2017 gehörten zehn Prozent der Deutschen 56 Prozent des Vermögens, die untere Hälfte der Bevölkerung hatte gerade mal 1,3 Prozent auf der hohen Kante. Dazu kommt der Klimawandel, der jetzt zwar allmählich von der Politik ernst genommen wird. Aber die schmerzhaften Schritte, die nötig sind, dass wenigstens Deutschland "klimaneutral" wird, möchten fast alle Parteien bis zur Bundestagswahl verschweigen.



Warum "Zachäus"-Kampagne?

Zachäus (Lukas 19.1-10) war zu Lebzeiten Jesu Steuereintreiber und somit Teil des damaligen kolonialen Militär- und Finanzsystems. Die Geschichte erzählt, wie ein reicher Oberzöllner seine Machtposition dazu genutzt hat, sich ein Vermögen anzueignen. Dieser Mann, der vom Willkür- und Gewaltsystem des römischen Imperiums profitiert, bekehrt sich. Zur Wiedergutmachung verspricht er, die Hälfte seines Besitzes den Armen zu geben, und das, was unrechtmäßig erpresst wurde, will er vierfach zurückerstatten. Es geht also in der Geschichte darum, woher der Reichtum kommt und wie man gerecht handeln und trotzdem reich bleiben kann. Das ist weit mehr als eine Frage persönlicher Frömmigkeit.

Übersetzt in politische Forderungen von heute, hieße das zum Beispiel:

- Vermögenssteuern bei uns und weltweit einführen, damit die Reichen nicht noch immer reicher werden und – gerade in Corona-Zeiten – Geld für die Armen da ist.
- Die legale Steuervermeidung großer Konzerne beenden.
- Spürbare Umweltsteuern erheben, um das 1,5%-Ziel des Pariser Klimaabkommens noch zu erreichen.
 - Endlich die Finanztransaktionssteuer auf den Handel an Aktien, Anleihen und Finanzderivaten einführen.
 - Für die ökologischen und sozialen Schulden der Industrieländer wenigstens ansatzweise eine Kompensation leisten.

Von den Kirchen fordert die Zachäus-Initiative, diese Fragen zum Thema zu machen und Druck auf die Politik auszuüben. Sie selber sollten bei gerechter Besteuerung, gemeinsamer Nutzung von Ressourcen und Wiedergutmachung historischer Ungerechtigkeit vorangehen. Haben Sie von unseren Kirchenleitungen schon irgendetwas davon gehört?

Klar, Brot für die Welt und Mission Eine Welt propagieren die "Zachäus-Kampagne". Aber das sind die "üblichen Verdächtigen".

Was mir fehlt, ist – gerade vor der Bundestagswahl – eine klare Botschaft der deutschen Kirchen, mit der sie sich hinter die Forderungen der "Zachäus-Kampagne" stellen.

Die NATO geht raus aus Afghanistan:

"Nichts ist gut...!" "Alles wird gut...?"

Nach 20 Jahren ziehen die USA, mit ihnen die NATO und damit auch Deutschland, ihre Truppen aus Afghanistan ab. War der militärische Einsatz gerechtfertigt, was hat er bewirkt? Für die Menschen dort, aber auch für uns? Ein Verteidigungsminister sagte einst, am Hindukusch werde auch die Sicherheit Deutschlands verteidigt. Und eine Bischöfin meinte, ohne Friedensperspektive sei "nichts gut in Afghanistan".

Wird's aber nun, da die fremden Truppen das Land verlassen und in ihrem Gefolge auch viele internationale Helfer, endlich gut? Oder - im Gegenteil - womöglich alles noch viel schlimmer? Dem zerbrechlichen Gemeinwesen drohen im Konflikt mit den mehr und mehr erstarkenden militant-islamistischen Taliban Chaos und Bürgerkrieg. Unter denen. die sich über dieses in sich so zerrissene und vom Terror kaputt gemachte Land bekümmern, macht sich Ratlosigkeit, ja Hoffnungslosigkeit breit, wie es am Hindukusch weitergeht. Und wie - im Rückblick - eigentlich das, was da geschah, zu beurteilen ist. Die jüngste Geschichte Afghanistans wird weltweit sehr unterschiedlich wahrgenommen, erzählt, interpretiert. Von den einen so, von den anderen ganz anders.

Die zwei wesentlichen Positionen lassen sich im **Pro und Kontra** so benennen:

Pro: Der Einsatz der Bundeswehr im Rahmen von NATO und UNO war – alles in

allem – der richtige, ja der alternativlose und lebensnotwendige Weg, um die Entwicklung zu mehr Sicherheit und einem geordneten Staatswesen in diesem gebeutelten, kaputten Land wenigstens einzuleiten. Erfolge sind nicht von der Hand zu weisen: Es gibt wieder eine Armee und eine Polizei, es gibt ein Parlament mit einem Anteil von 28 Prozent Frauen, Es wurden Grundschulen und Hochschulen eingerichtet - Schulen, die nun auch Mädchen besuchen, Straßen und Brücken, Kraftwerke und Stromleitungen gebaut. Krankenhäuser, Allein Deutschland hat für den Bau von 2000 Schulen und die Ausbildung von 5000 Lehrern gesorgt.

Zu Pro gehört auch, dass der militärische Afghanistaneinsatz im Prinzip UNO-mandatiert war und das erklärte und letztlich humanitäre Ziel hatte, den Frieden zu fördern und beim staatlichen Aufbau zu helfen. – Das alles freilich, und damit leiten wir schon über zum Kontra, ist gefährdet, wenn demnächst die Taliban die Kontrolle über immer mehr Bezirke übernehmen sollten. O-Ton aus deren Politbüro: Man wolle "ein echtes islamisches System" einrichten – im Einklang mit religiösen Regeln und kulturellen Traditionen.

Kontra: Der Krieg gegen den Terror war und ist militärisch nicht zu gewinnen. Die prinzipiell militaristische Strategie, das Land zu befrieden, schafft gerade nicht Sicherheit. Jeder Militärschlag, oft mit zivilen Opfern verbunden, schürte den Hass und trieb den Taliban neue Kämpfer zu. Die alltägliche Sicherheitslage in Afghanistan ist heute schlechter als vor 20 oder zehn Jahren, Korruption und Drogenwirtschaft sind nicht eingedämmt. Was also ist falsch gelaufen?



Mädchen in Afghanistan Detlev Beutler © pixelio

densbewegung zu sagen? Wir fragen nach bei Siegfried Laugsch, Rummelsberger Diakon, langjähriger Berater von Kriegsdienstverweigerern, der vielfältig in der Friedensarbeit engagiert ist, unter anderem derzeit im "InitiativKreisFrieden".

Laugsch stellt keineswegs in Abrede, dass es auch einige Erfolge im Land gab. Aber: "Es gibt prinzipiell keine militärische Lösung." Der Grundansatz einer Gewaltlösung sei falsch. "Rüstung, Militär und Krieg sind nicht mit unserem christlichen Friedensverständnis vereinbar. Und könnten nie einen gerechten Frieden erzielen." Bezogen auf Afghanistan hätte das geheißen, dass man dort von Anfang an eine "radikale Begrenzung zur Gewaltanwendung" durchsetzen hätte sollen, und dies nicht mit militärischer Gewalt, sondern allenfalls mit polizeilichen Strukturen im Rahmen der UN.

Laugsch verweist auf das Szenario "Sicherheit neu denken – von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik" der Evangelischen Landeskirche in Baden. Dieses Szenario lädt dazu ein, eine gewaltfreie Zukunft zu denken, in der wir pro Jahr 70 Mrd. Euro in zivile Krisen-

prävention und eine starke UNO und OSZE anstatt in überkommene militärische Sicherheitspolitik investieren. Aber klar ist auch: Solche friedensethischen Überlegungen sind visionär, weit in die Zukunft weisend; vor Ort und in der Gegenwart, also im heutigen Af-

ghanistan, kamen und kommen sie nicht zum Tragen. Winfried Nachtwei, bis vor Kurzem grüner Parlamentarier und Afghanistan-Experte, hält das kirchliche Friedenspapier prinzipiell für einen großen Wurf. Aber: "Die Idee der Konfliktfreiheit richtet sich an eine ideale Situation. Die Realität aber in Afghanistan sind zum Beispiel: Selbstmörder!"

Nachtwei war in den letzten Jahren häufig in Afghanistan und hat eine bittere Erfahrung gemacht: Für viele Gewaltakteure dort wie auch weltweit – organisierte Kriminalität, terroristische Gruppierungen, Milizen, extremistische Gewalttäter etc. – ist Gewaltanwendung in ihrem Sinne oft ausgesprochen "erfolgreich". Für gläubige Selbstmordattentäter ist das Zersprengen von Menschen ein "Erfolgsrezept" ohnegleichen. Aber um diese realen Gewaltwelten gehe es bei "Sicherheit neu denken" kaum, so Nachtwei.

Bittere Erkenntnis, offene Frage: Der Satz "Es gibt keine militärische Lösung" ist die tragende These einer Friedensethik. Gilt der Satz aber auch für die Rettung der Afghanen vor dem Islamischen Staat im Jahr 2021?

Lutz Taubert

Nachhaltig? Nachhaltig!

Wie halten es die Parteien mit einer enkeltauglichen Politik?

Nachhaltigkeit ist der Kategorische Imperativ des 21. Jahrhunderts – wer auch immer diesen Spruch geprägt hat, er hat recht. Nachhaltigkeit ist die Bedingung für das Überleben der Menschheit auf diesem Globus. Freilich wird der Begriff inzwischen so inflationär gebraucht, dass nicht mehr klar ist, was er bedeutet. Er ist zu einem modischen Politslogan verkommen. Man kann nachhaltige Schuhe kaufen – halten die dann länger? Man kann sich nachhaltig ernähren – wird man davon dann schneller satt?

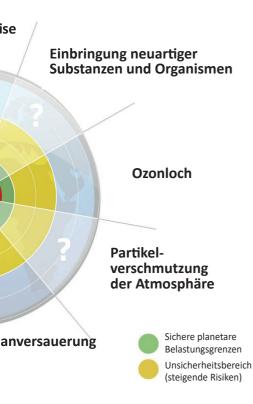
An Definitionen mangelt es nicht. Die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro formulierte ein Handlungsprogramm, in dem sich alles um Nachhaltigkeit drehte. Mit dem Nachhaltigkeitskonzept soll den Bedürfnissen der heute lebenden Menschen Rechnung getragen werden, ohne die Möglichkeiten zukünftiger Generationen einzuschränken. Man kann es noch einfacher sagen: Nachhaltige Entwicklung bedeutet: Handle hier nicht auf Kosten von anderswo und heute nicht auf Kosten von morgen. "Enkeltauglich" soll unsere Lebens- und Wirtschaftsweise sein. Enkeltauglichkeit will verdeutlichen, dass alle Politik sich letztlich daran zu messen hat, dass auch die Enkelkinder eine lebenswerte Zukunft vorfinden. Und da schaut es immer noch zappenduster aus. Alle reden vom Klima, aber das ist ja nur ein Bereich von acht weiteren, bei denen es um die Zukunftsfähigkeit der

Neun ökologische Gre



Weltbevölkerung geht. Die Rede ist von den sog. planetaren Grenzen. So werden ökologische Grenzen der Erde bezeichnet, deren Überschreitung die Stabilität des Ökosystems und die Lebensgrundlagen der Menschheit gefährdet. Entwikkelt wurden sie u. a. von Hans-Joachim

enzen der Erde



Schellnhuber (Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung).

Die folgende Erklärung der planetaren Grenzen orientiert sich an dem Beitrag von Wolfgang Schürger im Umweltmagazin der ELKB Nr. 81 / 2019.

Klimawandel

leicht überschritten
Der Klimawandel ist in vollem Gange.
Die Folgen sind allgemein bekannt.

Chemische Umweltverschmutzung

nicht quantifiziert

Emissionen von toxischen und langlebigen Stoffen wie Kunststoffe, Medikamente, Schwermetallverbindungen und radioaktive Stoffen können unumkehrbare Auswirkungen auf Ökosysteme haben. Gegenwärtig sind Wissenschaftler nicht in der Lage, eine einzige chemische Verschmutzungsgrenze zu quantifizieren.

Ozonabbau

nicht mehr überschritten
Durch das Verbot von FCKW und Halonen im Montrealer Protokoll (1989) erholt sich die Ozonschicht zunehmend.
Ein gelungenes Beispiel internationaler
Umweltpolitik.

Aerosole (Feinstäube)

nicht quantifiziert

Feinstäube spielen eine wichtige Rolle in der Wolkenbildung und der atmosphärischen Zirkulation und beeinflussen so etwa den tropischen Monsun. Sie haben auch eine direkte Wirkung auf das Klima, indem sie die Sonnenstrahlung reflektieren oder in der Atmosphäre absorbieren. Luftverschmutzung und vor allem auch Rauch von Brandrodungen tragen zu erhöhter Aerosolkonzentration bei. Gegenwärtig sind Wissenschaftler nicht in der Lage, eine Grenze zu quantifizieren.

Ozeanversauerung

noch nicht überschritten

Etwa ein Viertel der CO₂-Emissionen wird derzeit von den Ozeanen aufgenommen. Hier bildet es Kohlensäure, verändert die Ozeanchemie und verringert den pH-Wert des Oberflächenwassers. Die erhöhte Säure verringert die Menge an Carbonat-Ionen, die viele marine Arten für die Schalen- und Skelettbildung benötigen. Der Rückgang dieser Schalentiere hat Auswirkungen auf die gesamte Nahrungskette. Im Vergleich zu vorindustriellen Zeiten ist die Versauerung des Oberflächenwassers um 30 Prozent gestiegen.

Stoffkreisläufe (Phosphor, Stickstoff)

Belastungsgrenze irreversibel überschritten

Stickstoff und Phosphor sind wesentliche Elemente für das Pflanzenwachstum. Menschliche Aktivitäten setzen mehr atmosphärischen Stickstoff in Form von Düngemitteln frei als alle natürlichen Prozesse der Erde zusammen. Ein Großteil des neuen reaktiven Stickstoffs wird in das Erdsystem abgegeben, anstatt von Ackerpflanzen aufgenommen zu werden. Er überdüngt Flüsse und Küstengebiete und sammelt sich in der Biosphäre an. Die Stickstoffbelastung im Erdsystem ist noch gravierender als die Probleme durch Treibhausgase. Auch ein Großteil des freigesetzten Phosphors endet in aquatischen Systemen. Diese leiden mittelfristig an Sauerstoffmangel, wenn die durch die hohe Nährstoffversorgung entstandene Algenblüte von Bakterien abgebaut wird.

Süßwassernutzung

nicht überschritten

Menschliche Eingriffe in Gewässer verändern Flussläufe und können zu einer Veränderung von Niederschlägen und Verdunstung führen. Diese Verschiebungen im hydrologischen System können abrupt und irreversibel sein. Wasser wird zunehmend knapp – bis 2050 werden etwa eine halbe Milliarde Menschen an Wassermangel leiden.

Landnutzung

leicht überschritten

Der Mensch nutzt das Land seit jeher: Wälder, Wiesen, Feuchtgebiete werden in landwirtschaftliche Flächen, Straßen und Städte umgewandelt. Während jede Landnutzung zunächst lokal ist, haben die gesammelten Veränderungen Konsequenzen für globale Prozesse des Erdsystems. Die planetare Grenze spiegelt dabei nicht nur die absolute Landmenge, sondern auch ihre Funktion, Qualität und räumliche Verteilung wider. Wälder stehen im Fokus der Grenze für den Landsystemwechsel.

Integrität der Biosphäre

Belastungsgrenze irreversibel überschritten

Eine hohe Biodiversität und genetische Vielfalterhöhendie Fähigkeit von Ökosystemen, sich an Umweltveränderungen anzupassen. Die vom Menschen verursachten Veränderungen der Ökosysteme in den vergangenen 50 Jahren waren schneller und tiefgreifender als zu jeder Zeit in der Geschichte der Menschheit.

Dadurch haben sich die Risiken von abrupten und irreversiblen Veränderungen erhöht.

Die Ziele einer Nachhaltigen Entwicklung der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2015 orientieren sich grundlegend an dem Konzept der planetaren Grenzen und versuchen, Wege zu definieren, wie die Weltgemeinschaft sich in einem sicheren Umweltrahmen bewegen kann.

Was die Parteien dazu sagen

In Deutschland wird am 26. September ein neues Parlament gewählt. Welchen Stellenwert hat das Konzept der planetaren Grenzen in den Programmen der Parteien?

Fast alle Parteien haben zur Bundestagswahl ein Wahlprogramm bzw. Entwürfe dazu vorgelegt. Das von der CDU/CSU lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Wie sind die Parteien programmatisch aufgestellt?



Bei der AfD taucht das Thema Klima erst ziemlich am Ende auf. Ein Verzicht auf die Nut-

zung von Kohle, Öl und Gas wird dort abgelehnt. Der Anstieg der Konzentration von CO₂, dem "Spurengas", in der Atmosphäre hat in den letzten Jahrzehnten "zu einem Ergrünen der Erde beigetragen". Es sei bis heute nicht nachgewiesen, dass der Mensch für den Wandel des Klimas maßgeblich verantwortlich ist. Das Pariser Klimaabkommen ist deshalb zu kündigen.



Bei der CDU/CSU muss man auf das Programm von 2017 zurückgreifen. Die "Be-

wahrung der Schöpfung ist seit jeher ein Kernanliegen von CDU und CSU", heißt es dort. Das Pariser Klimaschutzabkommen ist bindend. "Ein großer Teil der fossilen Energien wie Kohle, Öl und Gas soll durch umweltfreundliche Energien ersetzt werden." "Dirigistische staatliche Eingriffe" werden abgelehnt, die Union spricht sich für "marktwirtschaftliche Instrumente" aus. Und sie will gegen die Verschmutzung und Überfischung der Meere und die Bedrohung der Artenvielfalt vorgehen. Besonders ambitioniert klingt das nicht. Vermutlich wird im neuen Programm der Klimaschutz einen höheren Stellenwert bekommen.

Freie Demokraten

Die **FDP** setzt beim Klima- und Umweltschutz wenig überra-

schend auf die Kräfte des Marktes und auf technische Innovationen. Sie bekennt sich zum Pariser Abkommen und zur Klimaneutralität bis zum Jahr 2050. Diese Ziele sollen durch einen umfassenden Emissionshandel erreicht werden. Der "schlanke" Staat braucht nur den Rahmen dafür vorgeben.



Allein bei **Bündnis 90 / Die Grünen**taucht der Begriff
der planetaren
Grenzen explizit

auf: "Wir machen die planetaren Grenzen zum Leitprinzip unserer Politik und verändern entsprechend die Wirtschaftsweise. In einer künftigen Regierung stellen wir das Pariser Klimaabkommen in den Mittelpunkt und richten das Handeln aller Ministerien danach aus." Die Einnahmen aus dem CO₂-Preis werden direkt an die Bürger*innen zurückgegeben. Es folgen eine Fülle konkreter Maßnahmen, darunter: Glyphosat untersagen und Kurzstreckenflüge bis 2030 überflüssig machen.



Die Linke:

Es sind die Konzerne, die mit

ihren klimaschädlichen Geschäftsmodellen Profite machen: *Die Linke* steht für einen sozialökologischen Systemwechsel, dafür, dass Mensch und Natur nicht ausgebeutet werden. Der Klimawandel wird nicht von den Menschen gemacht, sondern von den Reichen. Den Preis dagegen zahlen die Armen. "Wir wollen eine sozialökologische Wende, von der alle Menschen durch bezahlbare Energie, erschwingliche Mobilität, gesunde Nahrungsmittel und mehr Lebensqualität

profitieren. Dafür wollen wir die großen Konzerne entmachten und die Produktion an sozialen und ökologischen Zielen ausrichten."



Die SPD:

"Den Klimawandel zu stoppen, ist

eine Menschheitsaufgabe. Unsere Politik richtet sich nach dem Klimaabkommen von Paris." "Unser Ziel: Leben. Arbeiten und Wirtschaften hat spätestens 2045 keine negativen Auswirkungen mehr auf unser Klima. Die Energieversorgung Deutschlands basiert dann vollständig auf erneuerbaren Energien. Unsere Industrie produziert CO2-neutral und exportiert Technologien, die die klimaneutrale Welt von morgen braucht. So sichern wir die Arbeitsplätze für die Zukunft und erreichen gleichzeitig unsere ökologischen Ziele. Klimaschutz ist die soziale Aufgabe der nächsten Jahrzehnte."

Am 26. September hat der Wähler das Wort.

Gerhard Monninger

Klimakiller Videokonferenz?

Ganz so dramatisch ist es nicht

Noch vor eineinhalb. Jahren hat der durchschnittliche Computer-User bei dem Wort Zoom allenfalls an die Veränderung der Brennweite am Kameraobiektiv gedacht. Inzwischen haben die meisten von uns schon häufig an sog. Zoom-Meetings teilgenommen - was heißt häufig, diese Online-Konferenzen haben sich, wie das Coronavirus selber, fast exponentiell vermehrt. Das Leitende Team des AFF und die Redaktion dieser Zeitschrift bedienen sich ihrer regelmäßig. Und das ist bei Weitem nicht alles, was inzwischen durch den virtuellen Raum des World Wide Web schießt. 19 Millionen Berufstätige arbeiten ganz oder teilweise im Homeoffice, und ein großer Teil der 11 Millionen Schülerinnen und Schüler in Deutschland wird per Homeschooling unterrichtet. Und wo eine Ausgangssperre gilt und die Kinos geschlossen sind, streamt man sich den Wunsch-Film halt.

Die Frage liegt nahe: Was kostet das alles an Energie? Welche Belastung für das Klima ist damit verbunden? Wird die Digitalisierung unseres Lebens am Ende zu einem Klimakiller?

Wer dieser Frage genauer nachgeht, muss nicht nur den Stromverbrauch des häuslichen Endgerätes anschauen, sondern auch den der Rechenzentren und der Datenübertragung. Und da kommt allerhand zusammen. Fangen wir mit den schlimmsten Sündern an: Eine Bitcoin-Transaktion verbraucht rund 820 kWh.

2019 verschlangen somit alle Bitcoin-Transaktionen weltweit insgesamt 60 Mrd. kWh¹. Zum Vergleich: Der Stromverbrauch in der Schweiz liegt bei etwa 45 Mrd. kWh pro Jahr.

Das Streamen von Videos, so schätzt man, wird im Jahr 2022 bis zu 82 Prozent des gesamten Internetverkehrs ausmachen ². Streamen sei klimaschädlicher als Fliegen, wurde daraus schon geschlossen³.

Gewaltige Stromfresser sind die Rechenzentren, die bei all dem im Hintergrund stehen. Sie können durchaus einmal den Stromverbrauch einer Kleinstadt erreichen⁴. Denn im Gegensatz zum heimischen Computer sind die Server rund um die Uhr im Betrieb. Nicht nur die Rechenleistung verbraucht viel Strom. Fast genauso viel Energie (40 Prozent) wird für komplexe Kühlsysteme benötigt – also Klimaanlagen, Rückkühlung, Ventilatoren und mehr.

Homeoffice ist, was den Energieverbrauch und die dadurch verursachten Treibhausgas(THG)-Emissionen betrifft, demgegenüber um Klassen besser. Der häusliche Computer verbraucht nicht mehr als das entsprechende Gerät in der Firma; das Gleiche gilt für den mit dem Rechenzentrum verbundenen Energiebedarf. Übrig bleibt die Datenübertragung, die aber dadurch mehr als kompensiert wird, dass die Fahrt zwischen Wohnung und Arbeitsplatz wegfällt.

Konzentrieren wir uns auf die belieb-

ten Zoom-Meetings: Für ein Meeting mit vier Teilnehmern müssen vier Laptops mit rund 60 Watt versorgt werden, hinzu kommen die Verbräuche von Rechenzentren und Kommunikationsnetzwerken. Gemäss der Shift Projekt-Studie ergäbe das pro Stunde einen Stromverbrauch von etwa 0,6 kWh, was beim gegenwärtigen Strommix in Deutschland



einer THG-Emission von etwa 0,3 kg CO₂ entspricht. Müssten vier Personen mit dem eigenen Pkw beispielsweise zu einem sechs Kilometer entfernten Faceto-Face-Meeting fahren, wäre damit bereits eine Emission von 10 kg CO₂ verbunden – die Videokonferenz schneidet um den Faktor 100 besser ab!³ Je weiter die Teilnehmer an einer Videokonferenz räumlich voneinander entfernt sind, desto besser wird die Bilanz.

Fazit: Digitale Technologien steigern den Stromverbrauch. Keine Frage. Man muss sich aber die Dimensionen klarmachen: Aktuell liegt der weltweite jährliche Stromverbrauch für die Nutzung digitaler Dienste bei 537 Terawattstunden. Das macht aber gerade einmal 2,5 Prozent des weltweiten Bedarfs an Strom (21.000 TWh) aus.

Diese Zahlen bedeuten nicht, dass bei den neuen Internet-Diensten Strom sparen überflüssig ist. Wer an einer Videokonferenz teilnimmt und sich um die Umwelt sorgt, sollte die Kamera ausmachen. Laut einer Studie von Greenspector ist der CO₂-Ausstoß der virtuellen Meeting-Tools durchschnittlich dreimal so hoch, wenn zum Ton auch noch das

Bild hinzugefügt wird. Man kann ja vereinbaren, dass immer nur der die Kamera anschaltet, der gerade redet. Die Video-Konferenz klappt auch ohne Video.

Und vom Streamen sollte man ganz die Finger lassen. Lieber wieder einmal ins Kino gehen oder die gute, alte DVD aus dem Regal holen.

Gerhard Monninger

¹ Studie über Energieverbrauch und Treibhauswirkung von digitalen Technologien, Shift Project, Paris 2019

² Fraunhofer-Institut, Wuppertal-Institut, prognos: Energiebedarf der Digitalisierung und IT-Bestandsaufnahme, Herausforderungen und Handlungsansätze

³ Christof Drexel: Klimakiller Videokonferenz? www.powernewz.ch/2020/klimakiller-videokonferenz

⁴ Deutschlandfunk Kultur, Sendung vom 25.5. 2021

Gisela Voltz von Mission EineWelt zur weltweiten Pandemie:

Impfen für alle – oder nur für die Reichen?

Wie weltweit am besten mit dem Virus fertig werden? Gewiss nicht durch einen "Impfnationalismus", meint Pfarrerin Gisela Voltz von Mission EineWelt im Interview. Die Fragen stellte Hans-Gerhard Koch

Gut die Hälfte aller Deutschen ist (Stand 15.6.) einmal geimpft, ein Viertel gar zwei Mal. Die Leute atmen auf, "Normalität" kehrt zurück. Frau Voltz, warum ist Ihre Freude nicht ungeteilt?

Gisela Voltz: Erst einmal ist es gut, dass überhaupt wirksame Impfstoffe gegen COVID-19 in sehr kurzer Zeit entwickelt werden konnten und v.a. besonders gefährdete Menschen dadurch geschützt werden können. Aber viele Menschen in den Ländern des Globalen Südens werden noch lange auf ausreichende und wirksame Impfstoffe warten müssen, weil ihre Länder nicht genügend Impfstoffe organisieren können. Die reichen Länder des Globalen Nordens, darunter Deutschland, haben den Großteil der Impfstoffe aufgekauft. 75% aller bisherigen Impfungen weltweit fanden in den reichen Ländern statt. Eine globale Pandemie lässt sich aber nur global bekämpfen. d.h. erst. wenn in allen Ländern ca. 70% der Bevölkerung geimpft sind, können wir Infektionswellen und Virus-Mutationen sinnvoll eindämmen und die Pandemie hoffentlich beenden. Es wäre sinnvoller. erst weltweit alle Hochrisikogruppen und das Gesundheitspersonal zu impfen, als dass die reichen Länder egoistisch die Impfstoffe nur für sich beanspruchen.

Die G7-Staaten wollen "ärmeren Ländern" 2 Milliarden Impfdosen "spenden". Ist doch großzügig, oder?

Gisela Voltz: Das Problem ist, dass der Impfnationalismus immer noch sehr groß ist. Solange der Patentschutz für die Impfstoffe nicht endlich ausgesetzt wird, sind das auch nur vollmundige Versprechungen. Weil es weltweit bisher zu wenig Impfstoffe gibt, konnten die reichen Länder ihre Lieferzusagen an arme Länder über die COVAX-Initiative der Weltgesundheitsorganisation WHO bislang auch nicht einhalten. Die Aufrechterhaltung des Patentschutzes begünstigt die Knappheit von Impfstoffen und beschert den Pharmakonzernen satte Gewinne. Durch eine Freigabe der Patente und Aussetzung der geistigen Eigentumsrechte (TRIPS-Waiver) könnten Unternehmen weltweit in die Produktion notwendiger Arzneimittel und Impfstoffe einsteigen und so mittelfristig mehr Vakzine herstellen sowie zügiger an neue Virus-Varianten anpassen. Die Blockadehaltung der EU, insbesondere von Deutschland, ist für mich hier nicht nachzuvollziehen. Die von ihnen vorgeschlagenen Zwangslizenzen bedeuten langwierige bilaterale Verhandlungen.

Was wir brauchen ist Impfgerechtigkeit und nicht Impfwohltätigkeit! Die zeitweise Aussetzung des Patentschutzes und der geistigen Eigentumsrechte auf alle erforderlichen COVID-19 Produkte, wie sie auch von vielen Ländern des Globalen Südens und zahlreichen Initiativen gefordert wird, wäre dafür der schnellste und effektivste Weg.

Was müsste geschehen, dass wir CO-VID-19 (oder auch das nächste Virus) wirklich überwinden? Geht das überhaupt?

Gisela Voltz: Um die Corona-Pandemie zu überwinden und uns vor weiteren Pandemien so gut wie möglich zu schützen, wäre es dringend nötig, endlich entschieden weltweit, national und im Privaten umzusteuern: weg von der Ausbeutung von Natur, Ressourcen und Menschen, weg von purer Profitmaximierung, hin zu einem ökologisch und sozial gerechten Miteinander. Wir wissen, dass durch Abholzung, Zerstörung von Lebensräumen und Artenvielfalt Zoonosen leichter überspringen und gefährliche Pandemien verursachen können. Die sozialökologische Transformation unserer Wirtschaft und Gesellschaft, die Bekämpfung des Klimawandels und die Gemeinwohlorientierung (auch und gerade im Gesundheitsbereich) sind hier wichtige Schritte. Wenn wir weitermachen so wie bisher. ist die nächste Pandemie nur eine Frage der Zeit.

Was wünschen Sie sich in dieser Hinsicht von Ihrer Kirche?

Gisela Voltz: Ich wünsche mir, dass sich meine Kirche entsprechend mit prophetischer Stimme für mehr globale und soziale Gerechtigkeit und im Kampf gegen den Klimawandel in die Gesellschaft einbringt und die Worte auch intern selbst tatkräftig umsetzt. Und vor allem, dass wir keine Angst, sondern Hoffnung verbreiten, dass der Wandel gelingen kann. dass eine Umkehr aus unseren Sackgassen nicht aussichtslos ist. Sondern, dass wir darauf zählen dürfen, dass der barmherzige Gott bei uns ist und uns unterstützt, wenn wir uns für ein gerechtes Miteinander und den Erhalt unserer Mitwelt einsetzen. Dazu sind wir befreit. allein aus Gottes Gnade. Das ist für mich Teil der christlichen Botschaft der Erlösung.

Wo kann man mehr erfahren?

https://mission-einewelt.de/events/pandemie-weltweit

https://www.bukopharma.de/de/covid-19 https://www.medico.de/corona-solidaritaet-in-zeiten-der-pandemie

https://www.brot-fuer-die-welt.de/presse meldung/2021-vor-dem-g7-gipfel-brotfuer-die-welt-fordert-impfgerechtigkeit

> Gisela Voltz, Pfarrerin

Fachreferentin Entwicklung und Politik bei Mission EineWelt, Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der FLKB



Personalplanung wird schwieriger

Nicht den Mut verlieren!

Von Thomas Prieto Peral

Personalplanung in einer Kirche, die kleiner wird und deren Ressourcen schwinden: "Ist das ein palliatives Begleitprogramm, oder finden wir zu einer Haltung der Zuversicht?" Auf diese Frage spitzt unser Autor seinen Textbeitrag zur Landesstellenplanung in der bayerischen Landeskirche zu, die die Synode im Frühjahr beschloss. Unser Autor ist Planungsreferent der Landeskirche und gehört zum Leitungsteam des kirchlichen Reformprozesses "Profil und Konzentration (PuK)".

Eine Landesstellenplanung ist eine komplizierte Sache. Einerseits soll die Verteilung der personellen Ressourcen der Kirche gerecht sein. "Gerechtigkeit" ist dabei eine Größe, die sich nicht leicht objektiv und allgemein festlegen lässt. Die Planung soll außerdem den unterschiedlichen örtlichen Notwendigkeiten möglichst entsprechen. Und sie muss mit Zahlen operieren, die nicht immer klar zu prognostizieren sind. Und bei alledem muss sie transparent sein.

Im März dieses Jahres hat die Landessynode die neue Landesstellenplanung beschlossen. Sie versucht Gerechtigkeit herzustellen, indem sie nur noch objektive Rahmendaten zur Grundlage des Verteilungsschlüssels macht, nämlich Mitgliederentwicklung als wichtigste Größe, daneben Fläche und Gemeindegröße. Die örtlichen Kontexte werden gar nicht mehr zentral in die Planung einbezogen, sondern als Gestaltungsaufgabe den Dekanatsbezirken anvertraut. Dort soll nach PuK-Logik eine gemeinsame Schwerpunktsetzung der Gemeinden und Dienste erarbeitet werden, begleitet von fachli-

cher Beratung, mit der Möglichkeit, Kirche in der Region selbstverantwortet zu entwickeln.

Bleiben die Zahlen. Was im März beschlossen wurde, bildet in der Summe ab, was in den letzten 10 Jahren in unserer Kirche geschah. Wir haben in dieser Zeit ca. 10 Prozent unserer Mitglieder verloren, das ist jedes Jahr die Größe eines durchschnittlichen Dekanatsbezirks. In all diesen Jahren blieb die Zahl der Planstellen aber gleich, nämlich auf dem Niveau der Landesstellenplanung 2010, und zwar gleichermaßen die Gemeindestellen, die Stellen in Schul- und Fachdiensten und die Projektstellen (die lediglich immer wieder neu besetzt wurden). Die Landesstellenplanung holt also nur nach, was sich in den letzten Jahren verändert hat - oder anders gesagt: die "Pastorationsdichte", das Verhältnis von Hauptamtlichen zu Mitgliedern, wurde 10 Jahre lang immer besser, je mehr Menschen austraten bei gleicher Stellenzahl, und wird jetzt wieder auf den Stand von 2010 gesetzt. Da mag die "gefühlte" Realität anders sein, die Zahlen sind hier eindeutig.



Stark zurückgegangen: der theologische Nachwuchs an der Augustana-Hochschule © Augustana-Bildarchiv

Auch mit dieser Landesstellenplanung wird also noch gar nicht die Zukunft abgebildet, sondern das Versprechen gegeben, für mind. fünf Jahre die Stellen stabil zu halten, auch wenn weiterhin Menschen austreten. Dazu kommt nun aber eine Herausforderung, die noch gravierender ist als das geordnete Beplanen von Stellen: Wir werden bald dramatisch weniger Menschen haben, die hauptamtlich in der ELKB arbeiten. Die Ruhestände gehen die nächsten Jahre steil nach oben, gleichzeitig fehlt Nachwuchs. Für die Pfarrerschaft weist die jüngste Personalprognose einen Rückgang von derzeit knapp 2400 beschäftigten Personen auf gut 1600 im Jahr 2030 und weniger als 1200 im Jahr 2035 aus. Die Zahl der Menschen in diesem Beruf hätte sich dann halbiert. Bei ca. 20% Mitgliederrückgang bis dahin und entsprechend 20% weniger Stellen hätten wir viel mehr Stellen als Menschen auf diesen Stellen. Oder anders gesagt: eine Vakanzquote, die absurd wäre.

In anderen Berufsgruppen zeichnen sich ähnliche Entwicklungen ab, mit Ausnahme der Diakoninnen und Diakone, bei denen es genug Nachwuchs gibt.

Personalplanung wird zukünftig also

nicht nur einen geordneten Rückbau von Stellen zu organisieren haben, sondern tiefer gehende Fragen beantworten müssen: Wie können wir als Arbeitgeber wieder attraktiver werden und Nachwuchs gewinnen? Wie kommen wir zu einem berufsgruppenübergreifenden Planen, in dem multiprofessionelle Teams und Ehrenamtliche - gut begleitet - die Aufgaben identifizieren und verteilen können, um die es in ihrer Region gehen muss? Wie kann verhindert werden, dass ganze Regionen abgehängt werden mit Dauervakanzen? Wie kommen wir zu Motivation und Mut, in diesen Zeiten der einschneidenden Veränderung Kirche zu verändern?

Zu all diesen Fragen wird intensiv gearbeitet. Viel entscheidender als Zahlen wird die Haltung sein, mit der wir diese Entwicklung angehen. Ist Planung ein palliatives Begleitprogramm, oder finden wir zu einer Haltung der Zuversicht? Vielleicht liegt in all dem eine große Chance – Ballast abzuwerfen, unsere Berufsprofile zu klären und zu profilieren, Teamgeist zu entwickeln und zu entdecken, dass unser christlicher Glaube auch und gerade in Zeiten der Krise einen Weg der neuen Hoffnung öffnet.

Wenn Theologen in die Politik gehen...

dann müssen sie, wenigstens in Bayern, ihr Pfarramt aufgeben. Und das ist nicht gut so. Meint unser Kommentator Hans-Willi Büttner...

Kann ein Pfarrer dem Stadtrat, eine Pfarrerin einer Fraktion im Gemeinderat angehören? Wenn er/sie eine Kirchengemeinde hat, nur unter einer Bedingung: Im Falle der Kandidatur muss die kirchliche Tätigkeit einige Monate vor der Wahl ruhen. Und im Falle der Wahl bleibt es dabei für die Dauer des kommunalen Mandats, natürlich ohne Einkommen. Will sich eine Pfarrperson für diese Art ehrenamtlicher Tätigkeit im öffentlichen Interesse engagieren, muss sie dafür auf Zeit den Verlust ihres Berufes, die Trennung von der bisherigen Kirchengemeinde und den Verlust des Lebensunterhalts in Kauf nehmen. Nur ganz wenige Landeskirchen in der EKD halten an dieser exklusiven Regel fest, so die bayerische.

Wem soll dieses Berufsverbot nützen? Der Gemeinde, weil es sonst zu einer Vernachlässigung des geistlichen Amtes kommen könnte? Soll es dem Frieden und der Ausgewogenheit in der Gemeinde nützen? Doch damit fußt die Ablehnung auf dem Prinzip von vorauseilendem Misstrauen und Verdacht. Es wird unterstellt, eine Pfarrerin könne nicht mehr für alle in gleicher Weise da sein. Dem gegenüber die konstruktiven Aspekte: Er/sie versteht eine Menge von annehmender Gesprächskultur in Einzelgesprächen und in der Gremienarbeit. Das nützt der Gemeinde. Und vom Ringen

um Kompromisse weiß er/sie viel aus der

Arbeit mit dem Kirchenvorstand – auch dass man sich in manchen Fällen nicht zur Zufriedenheit aller einigen kann.

Wie ist das, wenn im Kirchenvorstand eine Persönlichkeit mit Parteizugehörigkeit und öffentlichem Mandat sitzt? Nach dem Prinzip des Verdachts müsste ihr von vornherein eine der Sache der Kirche nicht immer dienliche Parteilichkeit unterstellt werden, und sie müsste daher vor die Alternative gestellt werentweder kommunalpolitisches oder kirchenpolitisches Mandat! Wo ist da der qualitative Unterschied zwischen Pfarrer und Kirchenvorsteher? Aber solche Argumentation verkommt zu einem abwer-tenden Schwarz-Weiß-Denken: Fin/e Pfarrer/in muss sich entscheiden: entweder Politiker oder Prediger – der Partei verpflichtet oder der Gemeinde - Macht oder Seelsorge - Dienerin am Staat oder Dienst am Nächsten! Da wird ein Wirklichkeitsanspruch konstruiert, der keiner Wirklichkeit standhält. Mündige Bürgerinnen und Bürger gelten als das Rückgrat der Demokratie. Von ihnen wird erwartet, dass sie sich den Herausforderungen des Lebens in den verschiedensten Bezügen stellen und ihnen gewachsen sind. Dem müssten doch Pfarrer/innen und Kirchenvorstände auch gewachsen sein, und Gemeinden müssten dafür mündig genug sein. Ein parteipolitisch engagierter Mensch ver-

Corona

liert doch nicht per se die Fähigkeit, unparteiisch und überparteilich zu denken und zu handeln, nur dem Gewissen und seinem Glauben verpflichtet.

Wer im Pfarrberuf tätig ist, hat sich mit der Einsetzung (Ordination) feierlich verpflichtet, in gewissenhafter Verantwortung vor Gott und den Menschen zu leben und aufzutreten. Es sollte Respekt verdienen, wenn eine Pfarrperson auch in ihrer Freizeit bereit ist, Verantwortung in der Gesellschaft und für sie zu übernehmen. So geschieht auf einer weiteren Ebene das, was den Pfarrberuf wesentlich ausmacht: Sorge für die Gemeinschaft, das Gemeinwohl - und das auf der Basis des Glaubens, für den wir aus dem Gottesdienst so vertrauensvolle Worte kennen wie "Unsere Hilfe steht im Namen des Herrn, der Himmel und Erde gemacht hat".

Es bedarf keiner prophetischen Gabe, um abzusehen, dass das kirchliche Verbot irgendwann aufgehoben wird. Wie andere Verbote zuvor, mit denen Personengruppen etwas untersagt war, weil als gesetzt galt, dass sie dafür nicht geeignet seien und dies dem Leben der Kirche schaden würde: Einst musste ein Pfarrer, der sich scheiden ließ, mit Sanktionen rechnen, durfte eine Pfarrfrau nicht katholisch sein, durften Frauen nicht Pfarrerinnen sein...

Und noch etwas ist abzusehen: Wenn es dann mal kein Thema mehr ist, werden nur wenige Pfarrer und Pfarrerinnen auch ehrenamtlich in der Kommunalpolitik tätig sein.

Hans-Willi Büttner

Pfarrerdienstgesetz der EKD

§ 34 Verhalten im öffentlichen Leben

Pfarrerinnen und Pfarrer haben durch ihren Dienst wie auch als Bürgerinnen und Bürger Anteil am öffentlichen Leben. Auch wenn sie sich politisch betätigen, müssen sie erkennen lassen, dass das anvertraute Amt sie an alle Gemeindeglieder weist und mit der ganzen Kirche verbindet. Sie haben die Grenzen zu beachten, die sich hieraus für Art und Maß ihres politischen Handelns ergeben.

§ 35 Mandatsbewerbung

- (1) Beabsichtigt eine Pfarrerin oder ein Pfarrer, sich um die Aufstellung als Kandidatin oder Kandidat für die Wahl zum Europäischen Parlament, zum Deutschen Bundestag, zu einem gesetzgebenden Organ eines Bundeslandes oder zu einem kommunalen Amt oder Mandat zu bewerben, so ist diese Absicht unverzüglich, jedenfalls vor Annahme der Kandidatur, anzuzeigen. Die Pfarrerin oder der Pfarrer ist zur Mitteilung über Ausgang und Annahme der Wahl verpflichtet.
- (2) Pfarrerinnen und Pfarrer, die als Kandidatinnen oder Kandidaten für die Wahl zum Europäischen Parlament, zum Deutschen Bundestag oder zu einem gesetzgebenden Organ eines Bundeslandes aufgestellt worden sind, sind innerhalb der letzten zwei Monate vor dem Wahltag und am Wahltag beurlaubt. Ein Verlust der Stelle tritt nicht ein. Eine Dienstwohnung kann weiter bewohnt werden...
- (3) Mit der Annahme der Wahl nach Absatz 2 ist die Pfarrerin oder der Pfarrer beurlaubt... Eine Dienstwohnung ist zu räumen. Die Beurlaubung endet mit Ablauf der Wahlperiode oder mit einer vorzeitigen Beendigung des Mandats.
- (4) Während einer Beurlaubung darf das Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und Sakramentsverwaltung nur im Einzelfall mit Genehmigung ausgeübt werden.

Schon mal was vom AEE gehört?

B+K hat zwei Angehörige der jüngeren Pfarrergeneration gefragt

Stephanie Höhner, vor zwei Jahren aus der westfälischen Kirche nach Bayern gekommen, ist geschäftsführende Pfarrerin an der Himmelfahrtskirche München-Sendling, Clemens Monninger ebenda mit einer halben Stelle. Beiden ist der AEE bei ihrer Arbeit noch nicht begegnet.





B+K: Wir haben euch die "Sieben Wegweiser …" und die "Zehn Quellen …" zugeschickt. Wo habt Ihr bei der Lektüre spontan die Stirn gerunzelt oder innerlich applaudiert?

Höhner: innerlich applaudiert bei: "Kirche für andere" und "Geschwisterlichkeit" statt Hierarchie; innerlich Stirn gerunzelt bei "Verkündigung, die zu Herzen geht, ohne den Kopf zu verlieren" und "Die Reformation ist noch nicht zu Ende".

Monninger: Bei der Lektüre der Sieben Wegweiser habe ich durchgehend innerlich applaudiert. Ich bin erstaunt, wie sehr dieser in die Jahre gekommene Text mir aus der Seele spricht und dem Bild von Kirche, wie auch ich es vertrete und erträume, entspricht. Insbesondere das

Leitbild vom wandernden Gottesvolk und der Kirche für andere statt der festen Burg sprechen mich als dauerhafte Inspiration und Orientierung an.

Die Zehn Quellen habe ich auch überwiegend mit Zustimmung gelesen. Die starke politische Ausrichtung entspricht meinem eigenen Leitgedanken, dass das Evangelium so politisch ist, wie das ganze Leben selbst politisch ist. Mir gefällt die Klarheit und Ungewundenheit, mit der Missstände benannt werden und politische Haltung bezogen wird.

Stirnrunzeln bereitet mir die pauschalisierende, einseitige Darstellung von Missständen, etwa: "Auch die Kirchen reihen sich in die Gesellschaft der Reichen und Mächtigen ein. Sie beißen am Buffet kräftig zu, entwickeln aber Beißhemmungen gegen den Luxus und den Primat der Ökonomie. Dabei vergessen sie, dass Reichtum sozial verpflichtend ist." So erlebe ich Kirche nicht, auf allen Ebenen vom Gemeindemitglied bis zum Bischof höre ich oft auch kräftige Proteste gegen diese Missstände.

Auch folgende Einschätzung teile ich nicht: "Der Sinn des Lebens besteht dann oft darin, Privatkapital und andere materielle Werte anzuhäufen. Glücklich macht das nicht – ein Leben in Dankbarkeit und Zufriedenheit wird nicht mehr sichtbar." Ich erlebe in Gesprächen sowohl im Freundeskreis als auch mit Fremden z. B. in Kasualgesprächen eine Rückbesinnung auf die immateriellen Werte; auch Ju-

gendliche antworten auf die Frage nach dem Wichtigsten im Leben meistens mit "Familie und Freunde".

B+K: Ein Blick in die letzte Nummer von Berichte & Kommentare: Welche der Beiträge sprechen euch an? Auf welche hätte man auch verzichten können? Reden da überwiegend "angry white men"?

Höhner: Die überwiegend männliche Autorenschaft ist mir sofort aufgefallen — nur zwei Frauenbeiträge — und stößt schon im Inhaltsverzeichnis spontan auf "Abwehr". Die Beiträge zur Seenotretung fand ich sehr interessant, den Artikel zur Systemrelevanz auch.

Den Stil finde ich teilweise etwas altmodisch und sehr verkopft, akademisch und umständlich z. B. im Bericht über die Jahrestagung, im Editorial und bei "Extrem rechtes Denken und christlicher Glaube". Die "angry white men" sind schon sichtbar.

B+K: Braucht es so etwas wie den AEE heute noch? Hat er am Ende sowie so schon alle seine Ziele erreicht? Und: Ist im Kampf um den richtigen Kurs der Kirche das Muster vom "Parteienstreit" noch hilfreich?

Höhner: Ich habe noch nicht so viel Erfahrung in der ELKB, aber ein Korrektiv zur Kirchenleitung schadet nie. Die Themen des AEE sind teilweise noch heute aktuell (Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung), aber ich sehe die Gefahr, dass die Kirche und ihre Reformgruppen zu sehr um

sich selbst kreisen. Ich habe die ostdeutschen Bundesländer vor Augen, in denen 80 bis 90 Prozent der Menschen keiner Kirche mehr angehören. Ich habe unsere Gemeinde vor Augen, in der 0,5 bis 1 Prozent sonntags in den Gottesdienst kommen. Wir müssen uns mehr nach außen richten, loslösen von institutionellen Traditionen. Wir sind für die da, die nicht in unseren Gemeinden sind. Debatte und Streit sehr gerne – aber das sollte möglichst breit und auf vielen Ebenen stattfinden und nicht nur zwischen Landeskirche, Pfarrerverein und Bewegungen wie AEE.

Monninger: Ich denke, den AEE braucht es dringend weiterhin! Zwar mag der Eindruck entstehen, dass er sich selbst überflüssig gemacht hat: Viele der Ziele scheinen heute Mainstream in der evangelischen Kirche geworden zu sein, z. B. Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. In unserer Kirchengemeinde praktizieren wir erfolgreich das Kirchenasyl und erfahren dabei Zuspruch von allen Seiten. Trotzdem ist der AEE weiterhin unentbehrlich. Die Gegenseite der Fundamentalisten erstarkt und braucht ein starkes Gegengewicht. Angesichts des allgemeinen Rechtsrucks und Infragestellungen der demokratischen Werte und Ordnungen muss Kirche eine starke Stimme für Frieden, Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung, Emanzipation, Partizipation und die Würde des Menschen bleiben und noch mehr werden.

Studientag des AEE

am 25. September 2021
10 bis 16 Uhr, Haus Eckstein, Nürnberg

"Corona als Brennglas für Gesellschaft wed Kirche"



Das LT meint, "Studientag" sei der treffendere Name für

unsere ehemalige "Jahrestagung" und ist zuversichtlich, dass wir uns Ende September wieder leibhaftig treffen können. Eine Live-Übertragung wird die Stadtakademie Nürnberg organisieren, mit der wir beim Studientag auch kooperieren. Unsere Referenten um 10 Uhr sind Alexander Jungkunz, Chefredakteur der "Nürnberger Nachrichten" mit einem Vortrag "Wie uns Corona verändert hat" und Prof. Dr. Ark Nitsche, ehemaliger Nürnberger Regionalbischof, der über "Kirchennot und Weltveränderung" sprechen wird.

Anschließend kann in drei Gruppen diskutiert werden:

- 1. Sind wir an der Schwelle zu einer neuen Welt (mit Ark Nitsche)
- 2. Wo findet die Religion ihren Platz (mit Alexander Jungkunz)
- 3. Morgen ist Bundestagswahl (mit N.N.)

Nach dem Mittagessen gibt es noch die Mitgliederversammlung des AEE. Der Einladungsprospekt wird an alle versandt, die eine E-Mail-Adresse haben. Wer die Zusendung mit der Post wünscht, wird per Brief eingeladen.

34

Aus dem Leitenden Team

Das Leitende Team tagt zur Zeit in Online-Konferenzen, das hat neben manchen Nachteilen den Vorteil, dass problemlos auch ein durch Regionalgruppensprecher, b+k-Redaktion und AEE-Synodale erweitertes Team möglich ist.

- Lutz Taubert und andere haben unsere Facebook-Präsenz und unsere Homepage überarbeitet, die Besucherzahlen danken es ihnen.
- Mitglieder des LT haben ein Gespräch mit den Sprechern der "Offenen Kirche" geführt. Zunächst ging es um das Selbstverständnis beider Seiten, beim nächsten Gespräch soll es um gemeinsame Projekte gehen.
- Ein Studientag "Das Amt des Landesbischofs" wird im Mai 2022 im Vorfeld der nächsten Bischofswahl und zusammen mit dem Praktisch-Theologischen Lehrstuhl Erlangen (Prof. Bubmann) und BildungEvangelisch Erlangen (Pfarrer Luibl) geplant.

Aus den Regionalgruppen

Nürnberg:

Am 26.10.2021 18-20.30 Uhr erstmals wieder in leibhaftiger Präsenz:

"Aus christlicher Grundüberzeugung auch wenn's weh tut!"

Wo ist die Grenze zwischen Legitimität und Legalität?

Am Beispiel gegensätzlicher Urteile zum Kirchenasyl

b&k – Berichte und Kommentare

Das Magazin des Arbeitskreises Evangelische

Erneuerung (AEE).

Erscheinungsweise: halbjährlich Herausgeber: Hans-Willi Büttner, Sprecher des AEE

Redaktion: Gerhard Monninger (gm), Martin Kleineidam (mk), Dr. Hans-Gerhard Koch (HG),

Lutz Taubert (lt)

Druck: DCT GmbH-Druckerei und Copyshop in

Coburg, Oberfranken.

Der AEE ist eine innerkirchliche Richtungsgruppe im Raum der Evang.-Luth. Kirche in

AEE-Geschäftsstelle: Beate Rabenstein, Geschäftsführung.

Hermann-Löns-Str. 19, 90765 Fürth

AEE im Internet:

http://www.aee-online.de

München:

"Wo fangen wir an, die Welt zu retten?" – "Bei uns zu Hause!"

Unter diesem Titel lädt die Andreaskirche München zu einer Veranstaltung ein, bei der die AEE-Regionalgruppe München Mitveranstalter ist. Unser AEE-Mitglied und vormaliger Umweltpfarrer der bayerischen Landeskirche, Gerhard Monninger, wird die theologische Hinführung zur Frage liefern, was der Einzelne angesichts der globalen Umweltsituation überhaupt noch ausrichten kann: durch einen vorbildhaften Lebensstil? Oder indem er/sie sich praktisch ("Vor Ort!") oder auch umweltpolitisch engagiert? Danach Vorstellung einer Umweltaktion ("Plastik-Paten") und Podiumsgespräch. Wann, wo?

Freitag, 23. Juli 2021, 19.30 Uhr, in den Räumen der Andreaskirche, Walliser Straße 11, U3 Fürstenried-West (Evtl. ist die Teilnehmerzahl begrenzt. Wir bitten um Verständnis).

Regionalgruppe München zusammen mit dem Politische Stammtisch Fürstenried:

Ja, es geht wieder was - Auftakt zum Umweltwochenende in der Andreaskirche Fürstenried:

"Wo fangen wir an, die Welt zu retten?" – "Bei uns zu Hause!" Freitag, 23. Juli 2021, 19.30 Uhr, in den Räumen der Andreaskirche, Walliser Straße 11, U3 Fürstenried-West (Evtl. ist die Teilnahme-Zahl begrenzt. Wir bitten um Verständnis).

Die Regionalgruppen Augsburg und Bayreuth liegen ebenfalls momentan – passend zur Jahreszeit – auf Eis.

Die Regionalgruppe Nürnberg Liebe AEE-Mitglieder und Interessierte!







Namen und Adressen

Leitendes Team

Hans-Willi Büttner. Sprecher.

Pfarrer i. R., Lübecker Str. 6, 90766 Fürth, 0911-897832 aee-bayern@elkb.de

Anne-Kathrin Kapp-Kleineidam,

Gemeindepfarrerin, Augsburg, 0821-95022 Kapp-Kleineidam@elkb.de

Beate Rabenstein, Geschäftsführerin,

Hermann-Löns-Str. 19, 90765 Fürth, 0911-7807204 f-b-rabenstein@gmx.de

Brigitte Wellhöfer,

Krankenschwester i. R., Nürnberg, 0911-532279, brig.wellhoefer@nefkom.net

Dr. Bernd Wintermann,

Lehrer i. R., München, 089-3004676 Bernd.wintermann@gmx.de

Regionalgruppe München

Gerhard Monninger,

Pfarrer i. R., Buttermelcherstr. 19, 80469 München, 089-88 98 35 34 gerhardmonninger@web.de

Regionalgruppe Nürnberg

Hans-Willi Büttner (siehe oben) und

Dr. Hans-Gerhard Koch, Pfarrer i. R., Sonneberger Str. 10, 90765 Fürth, hagekoch@kabelmail.de

Regionalgruppe Bayreuth

Dr. Jürgen Wolff,

Religionspädagoge, 0921-5606811 wolff@ebw.bayreuth.de Johannes Herold.

Pfarrer, Pfarrstr. 6, 95100 Selb johannes.a.herold@googlemail.com

